Monatsspiegel



Rettet die Erlanger Bäder! Bürgerentscheid am 23. Jan. 2005

von Gerd Peters

Am 23. Januar findet der Bürgerentscheid über die Erlanger Schwimmbäder statt. Dann entscheiden die Erlanger darüber, ob ihre Bäder künftig privatisiert werden oder ob sie weiterhin in kommunaler / gemeinnütziger Trägerschaft betrieben werden sollen.

Nach Beschluss des Stadtrates mit der von der CSU dominierten konservativen Mehrheit, den Frankenhof zu schließen, weitete sich die Diskussion aus auf die Situation aller Erlanger Bäder. Eine Arbeitsgruppe aus den Stadtratsfraktionen wurde beauftragt, sich mit den aus der Schließung entstehenden Zwängen für Schulsport, Schwimmunterricht usw. zu befassen. In dieser Gruppe wurde von der CSU der Vorschlag eingebracht, ein zusätzliches Spaßbad auf dem Gelände des Röthelheimbades gemeinsam mit einem privaten Investor zu planen und

diesem gleichzeitig auch den Betrieb von Freibad und Hallenbad des Röthelheimbades zu überlassen.

Wegen der Rückwirkungen auf die bestehenden Schwimmbäder stieß diese Idee vor allem bei vielen Schwimmerinnen und Schwimmern auf große Besorgnis. Befürchtet wurde

- dass die Eintrittspreise massiv ansteigen könnten (in vergleichbaren Bädern liegen sie bei 8 EURO und mehr), ein breiter Zugang auch für Einkommensschwächere wäre gefährdet.
- dass das Freibad im Röthelheimbad in seiner jetzigen Form nicht erhalten bleibt
- dass Freiflächen und Liegewiesen dem dann anstehenden Raumbzw. Flächenbedarf zum Opfer fallen.

Auf Initiative von Harald Walter entstand im Februar/März 04 dann die Schwimmbadinitiative "Besorgte Bürger Erlangen" mit dem Ziel, Einfluss auf den Fortgang der Dinge zu nehmen und die Interessen der Sport-, Freizeitund Gesundheitsschwimmer wahr zu nehmen. Rund 200 Interessierte fanden sich auf der Gründungsveranstaltung ein. Eine darauf folgende Veranstaltung mit CSU-Bürgermeister Lohwasser aber auch Äußerungen von CSU-Stadtrat Hopfengärtner machten deutlich, dass – auch wenn es zunächst nur um das Röthelheimbad geht - Rückwirkungen auf den Betrieb des Westbades mittelfristig nicht ausgeschlossen sind. Da seitens der Rathausmehrheit nur wenig Kompromissbereitschaft erkennbar war, entschloss sich die Schwimmbadinitiative rasch, die notwendigen Unterschriften

Fortsetzung auf Seite 3

Dezember

ı———				
1	1830	August-Bebel-Haus	AsF	S. 12
7	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 10
9	18.30	Gasthaus Schäfer Hüttendorf	Distrikt Frauenaurach	S. 9
9	20.00	ART-Hotel, Äußere Brucker Str.90	Distrikt Anger	S. 8
13	20.00	Hotel Bayr. Hof	Ehrungs- Kreismitgliederversammlung	S.4
15	16.00	Dreyzedern	60Plus	S. 14
15	20.00	Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 9
17	19.30	Frauenzentrum	AsF	S. 12
20	19.00	Pizzeria San Remo, Luitpoldstr.	Distrikt Ost	S. 11
21	19.00	Gasthaus Schreyer, Häusling	Distrikt West	S. 11
11	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 14
11	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 14
11	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 10
12	20.00	Orpheus, Luitpoldstr.	AsF	S. 12
13	20.00	Sportgaststätte Spielvereinigung	öffentl. Kreismitgliederversammlung	S. 6
14	11.00	Rathaus	Stadtempfang f. Dietmar Hahlweg	S. 15
18	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S. 9
19	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S.11
19	20.00	Kulisse	Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik	S. 11
21	16.00	August-Bebel-Haus	Bürofeier	S. 5
23		Rathaus	Bürgerentscheid: Rettet die Erlanger Bäder	
25	20.00	FSV	Distrikt Bruck	S. 8

- 1	2 12	E 37	2	72	
	7.1		ᄪ	N.	

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522 Fax: 09131-8126513

E-Mail: buero@spd-erlangen.de Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr Montag

9:00 bis 12:30 Uhr Dienstag

9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr Mittwoch

Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr 9:00 bis 12:30 Uhr Freitag

Ansprechpartnerin:

Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter Baumschulenweg 11, 91058 Erlangen Tel.:09131303090

e-mail:monatsspiegel@spd-

erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

für ein Bürgerbegehren zu sammeln. Ende August lagen fast 7000 Unterschriften vor, dir einige Tage vor der Oktober-Stadtratssitzung beim OB eingereicht wurden. Schon in seiner Sitzung von Ende Oktober beschloss der Stadtrat nach Prüfung der formalen Voraussetzungen durch die Stadtverwaltung, dass der Bäder-Bürgerentscheid am 23.1.05 stattfindet. SPD-Stadtratsfraktion und SPD-Kreisverband unterstützen das Anliegen des Bürgerentscheides eindeutig und fordern alle auf, durch ihr "Ja" für eine Trägerschaft der Erlanger Bäder in kommunaler oder gemeinnütziger Träaerschaft zu stimmen. Die SPD-Stadtratsfraktion hat bei den verschiedenen Beschlussfassungen im Erlanger Stadtrat vor der Oktoberstadtratssitzung erfolgreich darauf gedrängt, dass zumindest formal parallel zu den Privatisierungsstrategien auch eine Neuorganisation in kommunaler Trägerschaft konzeptionell mit gedacht wurde. Durch die jetzt anstehenden Weichenstellungen im Gefolge der laufenden Ausschreibung findet der Bürgerentscheid wohl im richtigen Augenblick statt, auch wenn die jahreszeitlichen Witterungsbedingungen für einen Wahlkampf im Januar nicht besonders gut sind.

Zu den Argumenten im Einzelnen: Die Stadt plant, das Röthelheimbad für einen Euro an einen privaten Investor für zunächst 30 Jahre zu übergeben. Darüber hinaus soll an diesen ein jährlicher Betriebskostenzuschuss von bis zu 1,5 Mio Euro gezahlt werden. Das sind auf eine Vertragslaufzeit von 45 Jahren gerechnet bis zu 45 Mio

Euro. Dies ist deutlich mehr als der jährliche Verlust / Zuschussbedarf von Röthelheimbad und Freibad West. Mit diesem Zuschuss sollen auch zusätzliche Hallenbadflächen zur Kompensation des zu schließenden Frankenhofs und der Betrieb des Spaßbades subventioniert werden.

Gegen dieses Konzept wenden sich neben der Schwimmbadinitiative SPD, VerDi, GRÜNE, ÖDP, Schwimmvereine



nungszeiten beseitigen; nicht nachvollziehbar ist es z.B., am Samstagnachmittag zu schließen, wenn eigentlich eine hohe Nutzerfrequenz erwartbar ist

Mit einer Privatisierung, mit der Vokabel ppp = private public partnership neudeutsch umschrieben, ist in keiner

> Weise eine Einsparung, in jedem Fall aber eine Verteuerung und Verschlechterung des Angebots für die Nutzer des bisherigen Erlanger Bäderangebots verbunden. Gegen ein Spaßbad,

wenn dieses vom Investor auf eigene Kosten außerhalb der Erlanger Bäderlandschaft errichtet wird, muss man nichts haben. Im Blick haben muss man allerdings, dass es im Umkreis von Erlangen bereits Spaßbäder in Herzogenaurach, Stein, Hersbruck und demnächst vielleicht auch in Fürth gibt. Ohne öffentliche Dauersubventionierung tun sich fast alle schwer. Praktische Folge einer Subventionierung in Erlangen wäre, dass dann in Herzogenaurach der Subventionsbedarf deutlich ansteigen würde. Fragen muss man sich, ob das angesichts knapper öffentlicher Kassen vernünftia ist.

Als Quintessenz: Geht zur Abstimmung, auch Briefwahl ist möglich. Nur wenn mehr als 10% der Erlanger Wahlberechtigten dem Anliegen zustimmen, ist der Stadtrat an das Bürgervotum gebunden. Wenn dieses Quorum nicht erreicht wird, gibt es freie Hand für die Privatisierung der Erlanger Bäder!!

Anmerk. d. R.:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag, den 25.11. mit großer Mehrheit beschlossen, dass das Freibad West nicht privatisiert wird. Es werden Überlegungen angstellt, ob es in die gemeinsame Trägerschaft der Erlanger Stadtwerke mit aufgenommen werden soll.

Trotzdem ist auch das nicht für alle Zeiten sicher - Beschlüsse des Stadtrates können jederzeit geändert werden.

Da der Leitartikel vorher verfasst wurde, konnte er die aktuelle Beschlusslage nicht mehr berücksichtigen. Zitat aus dem 'Fränkischen Tag:

'Schwimmbäder erhitzen die Gemüter

...

Bürgermeister Lohwasser nutzte ebenso wie der Kämmerer die Gelegenheit, um auf das Verhalten der Bürgerinitiative hinzuweisen: "Mit unlauteren Mitteln, Beugel sprach von einer "Brunnenvergiftung", von Volksverhetzung und hinterhältigen Methoden, seien Unterschriften gesammelt worden. …."

A. d.R: Wer mit solchen Äußerungen aktive BürgerInnen belegt, disqualifiziert sich selber.

In diesem Mo	nat	
Kreismitgliederversammlung	4	
Mein Bad gehört mir		
Das ABH braucht unsere Hilfe		
Aus den Distrikten	9	
Aus den Arbeitsgemeinschaften	13	
Geburtstage	15	
Dietmat Hahlweg wird 70	17	
Aus dem Stadtrat	19	

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist zu einer guten Tradition geworden, dass in der letzten Mitgliederversammlung des Jahres unsere langjährigen Parteimitglieder geehrt werden. In diesem Jahr verleiht unser Kreisverband außerdem wieder seine höchste Auszeichnung, die August-Bebel-Uhr.

Wir laden Euch herzlich ein zur

Ehrungs-Kreismitgliederversammlung am Montag, 13. Dezember 2004, 20.00 Uhr

Hotel Bayerischer Hof, Schuhstraße, Kellergewölbe

Verleihung der August-Bebel-Uhr 2004 an Helmut Straub (Laudatio: Robert Thaler)

Ehrung unserer langjährigen Mitglieder

Wir freuen uns auf einen unterhaltsamen, anregenden Abend mit Euch.

Robert Thaler Ursula Lanig Dieter Rosner



Jubilare 2004

25 Jahre

Uwe Deckert

Ruth Knodt Herbert Hummich

Klaus Lechner

40 Jahre

Martin Dotterweich

Dietmar Habermeier

Axel Röhrborn

Manfried Symanek

50 Jahre

Günter Lüling

Wir wümschen allen Migliedern ein schönes und geruhsames Weinnachtsfest, einen guten Start ins Neue Jahr und für das Jahr 2005 Gesundheit, Freude und für uns alle politischen Erfola.







Helmut Straub

wird in der Dezember -Mitgliederversammlung die August-Bebel-Uhr verliehen.

Die Laudatio dazu erscheint im nächsten Monatsspiegel

Treffpunkt: Bebelhaus

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde der Erlanger SPD,

wir laden Euch herzlich ein zu einem Treff im August Bebel Haus.

> Freitag, 21. Januar 16.00 bis ca. 18.00 Uhr

Im letzten Jahr hat sich manches verändert. Wir haben renoviert und die Büros umgestaltet.

Viele von Euch haben nur selten die Möglichkeit, unsere Parteizentrale zu besuchen.

Deshalb würden wir uns sehr freuen, wenn Ihr auf einen "Schwatz unter Freunden" vorbeikommt.

Wir sorgen für Getränke, einen kleinen Imbiss und angenehme Stimmung!

Wer möchte, kann gern einen kulinarischen Beitrag leisten.

Jutta Ledertheil Büro des Unterbezirkes
Karin Franke Büro des Kreisverbandes

Dieter Rosner Büro des Landtagsabgeordneten

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

unter dem Titel:

"Mein Bad gehört mir!"

läd der SPD Kreisverband Erlangen ein zu einer öffentlichen Kreismitgliederversammlung und Informationsveranstaltung zum Bürgerbegehren am:

Donnerstag, den 13. Januar 2005, 20.00 Uhr, Spielvereinigung 1904, Kurt-Schumacher-Str. 11

Über ihre Erfahrungen bei der Errichtung und Trägerschaft von Bädern in kommunaler Hand werden Referenten aus Hersbruck und Rudolstadt in Thüringen berichten. Außerdem wird ein Vertreter der Erlanger Bäderinitiative anwesend sein.

Wir freuen uns auf Eure rege Teilnahme.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Das August - Bebel - Haus braucht unsere Hife

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Diejenigen von Euch, die noch nicht so lange Mitglied in der Erlanger SPD sind, werden sich vielleicht schon mal gefragt haben, wem eigentlich das Haus in der August-Bebel-Haus gehört, in dem Karin Franke für die Belange des Kreisverbandes Erlangen-Stadt, Jutta Lederntheil für die des Unterbezirks Erlangen tätig sind und in dem Dieter Rosner für unseren Landtagsabgeordneten Wolfgang Vogel kreativ ist.

Als die Erlanger SPD Mitte der 70er Jahre ihre angestammte Heimat in der Nürnberger Straße 10 (jetzt K&L Ruppert) verlassen musste, befanden weitsichtige Genossen, dass es an der Zeit wäre, eine dauerhafte Lösung in einem eigenen Haus zu suchen. Das Ergebnis dieser Suche war das Haus in der Friedrich-List-Str.5, dass zu dem Zeitpunkt noch als "Rackel"-Wirtschaft bekannt war. Die gemeinnützige Michael-Poeschke-Gesellschaft (MPG) wurde gegründet und mit Spenden und Darlehen wurden der Kauf und der Umbau getätigt. Der gemeinnützige Zweck der MPG ist es, Studenten günstigen Wohnraum zur Verfügung

zu stellen. So sind im August-Bebel-Haus 13 Studentenzimmer eingerichtet und vermietet. Im Erdgeschoss befinden sich die Parteiräume, Mieter sind der Unterbezirk, der Kreisverband Erlangen und die jeweiligen Abgeordneten.

Alle Verwaltungsarbeiten, einschließlich der Vermietung der Studentenzimmer, der gesamten Buchführung und der Hausverwaltung insgesamt sind in all den Jahren vollständig ehrenamtlich erledigt worden. Dafür ist Helmut Aichele zu danken, der sich über viele Jahre als Vorsitzender der MPG darum gekümmert hat. Vor ca. 2 Jahren

hat Schorsch Brugger den Vorsitz und damit viel Arbeit übernommen. Christa Matern kümmert sich um die Vermietung der Studentenzimmer und alles, was damit zusammenhängt.

Durch den Wegfall der Einnahmen aus der Vermietung des Büros der Bundestagsabgeordneten war 2002 eine Finanzierungslücke entstanden. Die MPG hat eine ganze Reihe von Einsparungen auf den Weg gebracht. Auch wurde eine maßvolle Mieterhöhung für die Büros und die Studentenzimmer (die erste nach 10 Jahren) vorgenommen. Trotz all dieser Maßnahmen gibt es noch eine Finanzierungslücke, die wir mit Hilfe von Euch schließen wollen. Wir hatten bereits vor einigen Jahren die Satzung dahingehend ge-

Name:

ändert, dass die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft besteht.

Wir haben bereits mit Erfolg mehrere Genossinnen und Genossen persönlich angesprochen, die nun Fördermitglied sind. Wir möchten nun auf diesem Weg um weitere Fördermitglieder werben die mithelfen, den Bestand unseres August-Bebel-Hauses zu sichern. Jeder regelmäßige Beitragseien es 5 oder 10 Euro/mtl. hilft, das Haus zu erhalten und für notwendige Renovierungsarbeiten gewappnet zu sein,

Die Beiträge sind selbstverständlich steuerlich abzugsfähig. Wir würden uns freuen, wenn der eine oder die andere von Euch sich entschließen könnte, das ausgefüllte Formular ins

Ich möchte Fördermitglied bei der Michael-Poeschke-Gesellschaft e.V. werden.

Büro zu senden oder dort abzugeben. Karin, Jutta oder Dieter werden es an uns weitergeben.

Mit herzlichen Dank im voraus

Für den Vorstand der Michael-Poeschke-Gesellschaft

Georg Brugger Heide Mattischeck Christa Matern

Straße:			
PLZ/Wohnort:			
Mein monatli	icher Förderbei	trag beträgt:	
Euro			
steuergesetzes an neten Körperschaf Wir sind wegen Förderum Erlangen, StNr 216/109/8045 von der Körperschaftssteue	eine der in § 5 Abs. : ten, Personenvereinig g der Studentenhilfe nach den 4 vom 26.10.2001 für die Jahre 19	vendungen im Sinne des § 1 Nr. 9 des Körperschaftsste gungen oder Vermögensma n letzten uns zugegangenen Freistellu 998, 1999 und 2000 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 s die Zuwendung nur zur Studentenhilfe schnitt A Nr. 4 verwendet wird.	euergesetzes bezeich- SSEN. Ingsbescheid des Finanzamtes des Körperschaftssteuergesetzes
Hiermit ermächtige ich	h die Michael-Poeschke-0	Gesellschaft e.V. zur Abbuchung	meines Förderbeitrags.
Konto Nr. Kontoinhaber			
Bankleitzahl			
Bankverbindung			
Der Einzug soll erfolg Monatliche Abbuchung bitte er		teljährlich ⊖ jährlich ab dem	Monat/Jahr
Ort	 Datum	Unterschrift	



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung am

Donnerstag, den 9. Dezember 20.00 Uhr ins ART-Hotel, Äußere Brucker Str. 90

Tagesordung:

- 1. Aktuelles, Berichte
- 2. Planung der Jahreshauptversammlung im Januar mit Neuwahlen
- 3. Verschiedenes

Anschließend gemütlicher Jahresausklang

Der Vorstand

Anger

Protokoll der Sitzung vom 16. November 2004

Zum Hauptthema "Mieterhöhungen bei der GEWO-Bau" war Herr Kamp, Leiter der GEWO-Bau eingeladen. Einleitend stellte er die GEWO-Bau kurz in Zahlen vor, erläuterte den schwierigen Spagat zwischen Sozialauftrag und wirtschaftlichem Erfolg und wünschte sich weiterhin ein gute Verhältnis zu seinen Kunden, den Mietern. Knapp ein Fünftel der 8100 GEWO-Bau Wohnungen in Erlangen sind Sozialwohnung und unterliegen dem Wohnungsbindungsgesetz. Damit können sie zwangsbelegt werden und müssen alle zugewiesenen Mieter aufnehmen. Die GEWO-Bau kommt dieser Verpflichtung gerne nach, kann aber nicht verhindern, dass dadurch oft ein schwieriges Mieterumfeld mit beträchtlichem Mietausfall entsteht – entsprechend gering ist auch die Neigung in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Die Mehrzahl der Wohnungen der GEWO-Bau, dazu zählen auch alle kürzlich am Anger renovierten Einheiten, sind frei finanzierte Wohnungen, die auf dem normalen Wohnungsmarkt – meist aber deutlich unter den ortüblichen Vergleichsmieten vergeben sind. Hier erklärt Herr Kamp, müssen die Mieter mit einer vorsichtigen und langsamen Anpassung an die ortsüblichen Mieten rechnen, wobei aber soziale Härtefälle vermieden werden. Denn nur dann sind die erforderlichen Instandhaltungs- und Renovierungsaufwendungen, die von den Mietern gefordert werden, zu er-

bringen. In der folgenden Diskussion wurden noch verschiedene Probleme angesprochen. In der Pestalozzistraße wird ein Parkhaus mit 42 Stellplätzen errichtet und in der Hertleinstraße ist eine Wohnanlage mit barrierefreien Wohnungen geplant. Zusätzlich entsteht in der Hertleinstraße eine Eigentumswohnanlage "Angerhof" mit über 20 Wohneinheiten. Die GEWO-Bau wird eindringlich aufgefordert, bei ihren Bauaufträgen bevorzugt regionale Firmen einzusetzen. Herr Kamp sichert zu, dass ihm dies durchaus ein Anliegen ist, gibt aber auch zu bedenken, dass höhere Kosten über höherer Mieten erwirtschaftet werden müssen. Dringend wird für den Anger ein Verkehrskonzept, besonders für die total überlastete Hertleinstraße gefordert. Die anwesenden Stadträte Robert Thaler, Harald Krebs und Ingrid Kiesewetter sollen dieses Thema erneut in den Stadtrat einbringen.

2. Aktuelles, Berichte

Robert Thaler berichtet über den Bürgerentscheid zum Bäderkonzept am 23. Januar und die geplante Informationsveranstaltung am 13. Januar. Die Nutzung des SPD-Schaukastens an der Bushaltestelle Äußere Brucker Straße wird angesprochen. Dieser wird zur Zeit ausschließlich von der AWO belegt. Der Schaukasten ist Besitz der SPD, ist aber auf dem Grund der Baugenossenschaft aufgestellt. Es erfolgt ein mehrheitlicher Beschluss, dass eine gemeinsame hälftige Nutzung mit der AWO angestrebt wird.

Für das Protokoll Hans Hauer



Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090 eMail: bruck@spd-erlangen.de

Bruck

Liebe Genossinnen und Genossen,

im neuen Jahr beginnen wir mit einer Distriktversammlung am

Dienstag, den 25.1.2005 beim FSV, Tennenloher Str.

Wir möchten mich euch über das Jahresprogramm reden, über das Ergebnis des Bürgerentscheids und aktuelle Entwicklungen in Bruck .

Einen friedliches Weihnachtsfest wünscht euch

der Vorstand





Vorsitzender: Manfred Jelden Tel: 601333

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen, Unser nächstes Distrikttreffen ist am

Dienstag, den 18. Januar um 20 Uhr im Schützenhaus Eltersdorf Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand Manfred Jelden



Vorsitzender:
Thomas Hain

Frauenaurach

Finladung zur Weihnachtsfeier
Am Donnerstag, den 9.
Dezember 2004 gehen wir
zum Karpfenessen in das
Gasthaus Schäfer in

Hüttendorf um 18.30 Uhr

Für den Vorstand Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481 e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden euch herzlich ein zu einem vorweihnachtlichen Treffen in gemütlicher Runde am Dienstag, den 15. Dezember um 20.00 Uhr in der Kulisse.

Innenstadt

Im Januar findet keine offizielle Sitzung statt. Der Vorstand trifft sich am Dienstag 18. Januar 2005 um 20.00 Uhr zu einer Sitzung im Cafe Moravia. Alle Interessierten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Unsere **Jahreshauptversammlung** findet statt am

Dienstag, den 1. Februar 2005 um 20.00 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte Mohrenkopf

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

- 1. Aktuelles
- 2. Kassenbericht

- Bericht des Vorstandes mit Aussprache
- 4. Planungen für das Jahr 2005
- 5. Wahl der VertreterInnen für den Kreisvorstand
- 6. Verschiedenes, Anträge

Über eine rege Teilnahme würden wir uns sehr freuen

Mit herzlichen Grüßen

Für den Vorstand

Barbara Pfister



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924 e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten **Distriktversammlung**

am Dienstag, 07.12.04, Schlossgaststätte, 20.00 Uhr

Tagesordnung:

- 1.Aktuelles
- 2. Berichte
- 3. Schlussdiskussion über Bürgerversicherung anhand der Zusammenfassung durch Christoph Schnapper (s.Protokoll) Erarbeitung der Resolution
- 4. Beschlussfassung (Abstimmung)
- Verschiedenes (Terminfestlegung etc.)

Bitte folgende Termine vormerken:

Distriktversammlung im Januar: 11.01.05, 20.00 Uhr in der Schlossgaststätte (im Februar voraussichtlich am 15.02.)

Wir freuen uns, ein neues Mitglied begrüßen zu dürfen und heißen <u>Florian Dreyer</u> in der SPD Erlangen und insbesondere bei uns im Distrikt Tennenlohe herzlich willkommen.

Für den Vorstand Rolf Schowalter

Tennenlohe

Bericht von der Distriktversammlung vom 9.11.04

Bürgerversicherung

Anhand der vom Parteivorstand herausgegebenen Informationsbroschüre "Die solidarische Bürgerversicherung -Fakten und Argumente" haben wir über dieses komplizierte Thema beraten. Wir haben uns auf die Einnahmeseite beschränkt (also Effizienzsteigerung und Ausgabenreduzierungen zunächst ausgeklammert). Wir waren alle der Meinung, dass die solidarische Bürgerversicherung für die Absicherung des Krankheitsrisikos grundsätzlich gerechter und besser ist als die Kopfpauschale (CDU) oder eine komplette Privatversicherung je nach individuellem Gesundheitsrisiko (FDP).

Für richtig halten wir, dass neben den Lohn- und Gehaltseinkommen auch andere Einkunftsarten (z.B. Kapitaleinkünfte und Einkünfte aus Gewerbebetrieb) herangezogen werden.

Folgende Kritik wurde geäußert:

Die Refom kommt mindestens 8 Jahre zu spät.

Eine Vereinfachung der Verwaltung ist nicht zu erkennen. Die mehr als 300 bestehenden gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Versicherer sollen weiter bestehen bleiben. Die Erfassung zusätzlicher Quellen (Kapitalerträge, Gewerbeeinkommen) verursacht auch zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

Über Beamte sagt die Broschüre nichts aus - die Vorstellungen der SPD müssen in diesem (heiklen !!) Punkt klarer dargestellt werden.

Ein wichtiges Ziel der Reform soll sein, dass die Beitragssätze gesenkt werden, um Arbeitskosten zu verringern. Trotzdem wird an der ungerechten Beitragsbemessungsgrenze festgehalten. Das ist völlig kontraproduktiv. Das Krankheitsrisiko ist kostenmäßig praktisch unbegrenzt. Warum soll dann der Beitrag begrenzt werden? Wenn jemand ein Gehalt von 1000 oder 3000 EUR im Monat hat, müsste er bei der Bürgerversicherung in Zukunft davon ca. 12 % bezahlen (inklusive Arbeitgeberanteil). Hat er ein Einkommen von 100 TEUR, so zahlt er 12 % von 3478 EUR das sind nur 0,42 % des Einkommens! Die Bemessungsgrenze muss weg - zugunsten niedrigerer Sätze.

Auf der anderen Seite sollten auch geringfügige Einkommen (z.B. 400 EUR-Jobs) einbezogen werden. Die derzeigige Ungleichbehandlung hat mindestens zwei negative Folgen: Arbeitgeber drängen auf Minijobs, weil sie die Beiträge einsparen können und die 400 EUR-Arbeitnehmer belasten zumeist als kostenlos Mitversicherte die Versichertengemeinschaft. Hier sollte eine verwaltungsmäßig möglichst einfache Einbeziehung angestrebt werden.

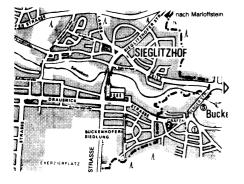
Beiträge für versicherungsfremde Leistungen wie Mutterschaftsgeld oder Krankheitskosten für Sozialhilfeempfänger sollten vom Staat aus Steuermitteln bezahlt werden. (Evtl. höhere Mehrwertsteuer oder dreistufige Mehrwertsteuer wie in Österreich).

Als ein Problem wurde auch angesehen, wenn für derzeit privat Versicherte ein Übergang in die Bürgerversicherung unbegrenzt offengehaltenen wird. Versicherte, die in jungen Jahren trotz hoher Einkünfte nur geringe Prämie zahlen müssen, können im Alter, also wenn die Privatversicherung richtig teuer wird, in die günstige, beitragsbegrenzte Bürgervericherung wechseln. Folge: der Bürgerversicherung entgehen Einnahmen. Wenn der Wechsel nur begrenzt (z.B. im Jahr der Umstellung) zugelassen wird, besteht die Gefahr, dass kurz vor der Einführung der Bürgerversicherung viele gut Verdienende noch in die Privatversicherung zu alten Konditionen wechseln und damit der Bürgerversicherung entgehen. Wegen fehlenden Nachwuchses haben die Versicherungsgesellschaften und ihre Versicherten in Zukunft aber gewaltige Prämiensteigerungen zu erwarten.

Als Einzelmeinung wurde auch geäußert, das man das bisherige System verlassen und zu einem vollständig steuerfinanzierten System übergehen sollte.

Fazit: Die Materie ist ziemlich kompliziert. Wir halten es für wichtig, dass diese Reform wirklich solide ausgearbeitet und durchgerechnet wird, dass umfassend informiert und geworben wird und auch gegen mächtige Widerstände umgesetzt wird. Dann (aber nur dann!) kann die Reform auch auf breite Zustimmung stoßen.

C. Schnapper



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531 e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de stellvertretende Vorsitzende: Monika Wendler Tel.: 401737 e-mail: moni.wendler@gmx.de

Ost

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Weihnachtsfeier am

Montag, den 20.12.2004, 19.00 Uhr in der Pizzeria San Remo, Luitpoldstr. 54.

Wegen der Doppelausgabe Dezember / Januar

laden wir Euch schon jetzt herzlich ein zu unserer ersten Distriktversammlung im neuen Jahr

am Mittwoch, den 19.01.2005 , 20.00 Uhr in der Waldschänke Lange Zeile 104

Jochen Kraft



Vorsitzender:

Gerd Peters Tel.: 44366 e-mail: gerd@peters.franken.de

West

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, zu unserem geselligen Treffen am

Dienstag, 21.12.04 ab 19.00 im Gasthaus Schreyer , Häusling, Haundorfer Straße 24 (früher Gasthaus "Zum Kuckuck")

möchte ich Euch herzlich einladen. Karpfen könnt Ihr essen, aber auch andere Speisen stehen auf der Karte.

Für den Vorstand Gerd Peters P.S. Für unsere Januar-Veranstaltung ergeht gesonderte Einladung; die Planungen sind noch nicht abgeschlossen.

Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik

Liebe GenossInnen,

das nächste Treffen der Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik findet im neuen Jahr am

Mittwoch, den 19.1.2005 um 20 Uhr in der Gaststätte Mohrenkopf statt.

Themen:

 Sozialversicherungen: Beitragsvs. Steuerfinanzierung (Florian Janik) Zwischenbilanz: Ergebnisse und offene Fragen der Projektgruppe (Gerd Peters)

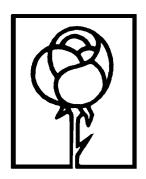
Und zum vormerken: Der nächste Termin findet am **Mittwoch, den 16.2.2005, 20 Uhr** im Mohrenkopf statt,

mit solidarischen Grüßen

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise





ASF

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114 Birgit Hartwig Tel:: 55939 Hildegard Gröger Tel.: 502415 Julie Mildenberger Tel.: 23435

Liebe Frauen,

hiermit laden wir Euch ein zur nächsten AsF-Sitzung

am Mittwoch den 1. Dezember 04 um 18.30 Uhr im August-Bebel-Haus

- 1. Aktuelles
- 2. Vorbereitung Bürgerinnenversammlung
- 3. Gemeinsame fahrt zur Bürgerinnenversammlung, die um 20.00 Uhr in der Schule Büchenbach Nord stattfindet.

Unsere Weihnachtsfeier findet am Freitag, den 17. Dezember

um 19.30 Uhr im Frauenzentrum

statt. Bitte kommt zahlreich und bringt etwas Feines mit.

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Liebe Frauen,

wir laden Euch ein zur Mitgliederversammlung am

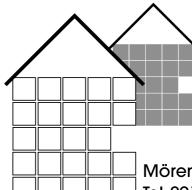
Mittwoch, den 12. Januar 2005 um 20:00 Uhr in das Nebenzimmer des Orpheus (dt. Haus), Luitpoldstr.

zum Thema

"Schulpolitik"

Ein bisschen besser als das restliche Deutschland fühlt sich Bayern ja immer. Das ist in der Bildungspolitik nicht anders: Sieger beim nationalen Ergänzungstest zu PISA, hohe Ausgaben für die Bildung, großartiger Start des achtjährigen Gymnasiums - lauter Erfolgsmeldungen aus dem Kultusministerium. Sieht man genauer hin, ist plötzlich nicht mehr alles so großartig, und manches ist geradezu katastrophal. Gleiche Chancen für alle? Fehlanzeige. Auch in der Bildung sind wir schon in der Zweidrittelgesellschaft angekommen. Ursula Walther, die Landesvorsitzendedes Bayerischen Elternverbands, kommentiert Büchergeld und Beamtenpensionen, Unterrichtsausfall und Lernstress aus Elternsicht.

Gabi Dorn-Dohmstreich



Erlanger Mieterinnenund Mieterverein

Mörendorfer Str.1c · 91056 Erlangen Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr-und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr) BITTE BEACHTEN: Dieser Ausgabe liegt eine **Aktionspostkarte** bei in Sachen Mieterhöhungen bei der Gewobau durch die rückwirkende Zinserhöhung von Wohnungsbaudarlehen durch den Freistaat Bayern. Bitte, unterstützt den Protest. Das ist ganz einfach: **Abtrennen, ausfüllen, frankieren, abschicken!!!**

Die Erlanger Mitgliederversammlung im Mai diesen Jahres hat einen Beschluss über die **Frauenrechte in der Türkei** gefasst. (siehe MS.Mai 2004)

Darin werden die Defizite im Bereich der Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die der Frauen in der Türkei angesprochen. Die Bundesregierung wir daufgefordert, ein verstärktes Augenmerk auf die Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu richtren.

Vorhandene positive Ansätze in der türkischen Rechtssprechung müssen verstärkt und ausgebaut werden. Weiterhin werden verstärkte finanzielle und ideelle Unterstützung von Frauenorganisationen gefordert, die sich für die Interessen dieser Frauen einsetzen, ein Beispiel dafür das frauenzentrum Ka-Mer in Dijarbakir im kurdischen Teil der Türkei.

Daraufhin erhiel die Erlanger SPD jetzt Post aus Berlin:

FRAKTION DER SPD

IM DEUTSCHENBUNDESTAG

Arbeitsgruppe Europäische Union

Dr. Jutta Tiedtke

Liebe Genossinnen und Genossen des SPD-Kreisverbandes Erlangen,

im Namen des europapolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Gloser bestätige ich den Eingang eures Antrages zum Thema Menschen- insbesondere Frauenrechte in der Türkei, der der Arbeitsgruppe für die Angelegenheiten der Europäischen Union am 17.05.2004 zugeleitet wurde. Wir stimmen dem Antrag inhaltlich voll zu und haben mit großem Interesse die Projektvorstellung zum Frauenzentrum Ka-Mer in der Türkei zur Kenntnis genommen.

Da eure Initiative auch für die AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD Bundestagsfraktion von Interesse ist, haben wir den Antrag samt Anlage auch an die Arbeitsgruppe weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Hochschulen können angesparte Mittel ins nächste Haushaltsjahr übertragen

Wolfgang Vogel und Monica Lochner-Fischer: Noch vor zwei Wochen abgelehnt, kommt CSU endlich zur Einsicht.

Einen entscheidenden Erfolg konnten die Hochschul- und Haushaltspolitiker der SPD-Landtagsfraktion bei den zurzeit stattfindenden Beratungen des Haushaltsplans 2004/2005 zu Gunsten der bayerischen Hochschulen erringen: Die von den Hochschulen angesparten Mittel können ins nächste

Haushaltsjahr übertragen werden. Damit haben die Hochschulen eine finanzielle Planungssicherheit. Diese Forderung von Wolfgang Vogel, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Monica Lochner-Fischer, die im Haushaltsausschuss für den Bereich Hochschulen zuständig ist, hatte die CSU noch vor zwei Wochen abgelehnt.

Die bisherige Praxis der Staatsregierung mit den von den Hochschulen im

Laufe eines Haushaltsjahres angesparten Rücklagen sah so aus: Eine Hochschule musste bis zum Jahresende damit rechnen , das Geld an den Finanzminister abzugeben. Bei den Hochschulleitungen ist dadurch in den vergangenen Jahren erhebliches Vertrauen zerstört worden



Vorsitzende: Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen!

Unsere Adventsfeier wollen wir in diesem Jahr wieder in

Dreycedern, Altstädter Kirchenplatz 6 durchführen: 15. 12. 04, 16 Uhr.

Für Essen und Trinken ist gesorgt!

Wir haben uns auch schon Gedanken über das Programm für das nächste Jahr gemacht und wollen als erstes das Thema:

Stand der Pflegeversicherung/

Versorgung ambulant und in Heimen besprechen.

am 11.1.05 im August-**Bebel-Haus** 17 Uhr

Wir würden uns freuen, wenn viele " 60 plusler" zu beiden Treffen kommen könnten. Auch aus dem Landkreis sind alle herzlich eingeladen.

Eure Brigitte Mugele.

Steuerentlastung für Familien

Veränderung *Einkommensteuer, Solidaritätszuschl. u. Kindergeld

1998 - 2005

Jahresbrutto Single in Euro	Steuerbelastung 1998*	Steuerbelastung 2005*	in Euro
10.000	-2.700	-3.696	996
20.000	-2.110	-3.696	1.586
30.000	330	-2.062	2.392
40.000	3.733	668	3.065
50.000	6.969	3.615	3.354
60.000	10.394	6.666	3.728
70.000	14.019	9.990	4.029
80.000	17.939	13.573	4.366

Quelle: BMF



Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im Dezember und Januar ihren Geburtstag feien,

gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

Dezember 2004

02.12.	Helmut Straub 73 Jahre
06.12.	Alfred Emig 86 Jahre
09.12.	Maria Schmeets 78 Jahre
12.12.	Thea Schulze 89 Jahre
13.12.	Georg Seitz 60 Jahre
20.12.	Werner Funk 76 Jahre
25.12.	Elisabeth Rettelbach 50 Jahre
26.12.	Georg Kirschbaum 50 Jahre
31 12	Dietmar Hahlwea

Die Stadt Erlangen und die SPD werden am 14.1. 05 ab 11 Uhr im Rathaus einen Stadtempfang zum 70. Geburtstag von Dietmar Hahlweg geben.

70 Jahre

65 Jahre

31.12.

Klaus Peter Mattischeck

Jaunuar 2005

01.01.	Karl Wiesent 50 Jahre
05.01.	Werner Fischer 74 Jahre
13.01.	Hans-Uwe Bach 60 Jahre
13.01.	Willi Goehlke 82 Jahre
20.01.	Georgios Petridis 80 Jahre

27.01. Margarete Chuako 78 Jahre
28.01. Liselotte Seitz 82 Jahre
31.01. Adolf Steinmüller



87 Jahre



Foto: Bernd Böhner

Tief in die Augen ließ sich Prof. Gesine Schwan anlässlich ihres Firmenbesuchs im Innvationszentrum für Medizin und Pharma schauen - von einer Laserkamera. Sie und Ihr Mann Prof. Peter Eigen (neben ihr im Bild) informierten sich bei der Gelegenheit nicht nur über die Firmen E-Eyecare und den Sprachcomputerhersteller Sikom. Beim gemeinsamen Mittagessen erkundigte sich die Fast-Bundespräsidentin auch nach den Erlanger Verhältnissen - insbesondere nach dem Zustand der Erlanger SPD. Peter Eigen hatte zuvor im Erlanger Rathaus in seiner Funktion als Präsident des Antikorruptionvereins Transparency International einen Vortrag gehalten. Auch Gesine Schwan fand an dem Tag noch gröBeres Publikum: Zu ihrem Vortrag "Gesucht: Neues Vertrauen in die demokratische Gesellschaft und ihre Werte" im Gemeindehaus am Bohlenplatz kamen auf Einladung der Evangelischen und Katholischen Hochschulgemeinde etwa 150 Zuhörerinnen und Zuhörer.

Auf unserem Foto sind außerdem zu sehen (von links nach rechts): Die Stadträte Axel Grämer und Ursula Lanig, SPD-Kreisvorsitzender Robert Thaler, E-Eyecare-Geschäftsführer Ralph Horstmann, Stadratsfraktionsvorsitzende Gisela Niclas, Wolfgang Vogel MdL, der Leiter des Erlanger Sikom-Büros Genosse Peter Weierich und der Erlanger Ex-Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg.

Bürgernah und weltoffen: Dietmar Hahlweg wird 70

Wir gratulieren herzlich!

Erlangen im November 2004. Soeben hat Gesine Schwan, die SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, im vollbesetzten Gemeindehaus am Bohlenplatz ihren Vortrag beendet. Dekan Josef Dobeneck dankt im Geist der Ökumene der Referentin und erwähnt, dass "Herr Altoberbürgermeister Dr. Hahlweg bei der Vermittlung dieses Besuches wohl auch seine Hand im Spiel hatte." Spontan kommt starker und herzlicher Beifall auf. Man spürt. hier wird nicht nur Dank für die erwähnte Hilfe abgestattet; acht Jahre nach dem Ende seiner langen Amtszeit werden dem ehemaligen Oberbürgermeister, ganz sicher aber auch dem Menschen Dietmar Hahlweg ungeteilter Respekt und größte Sympathie entgegengebracht.

Aktiv...

Als Altoberbürgermeister und Ehrenbürger hat er sich nicht "aufs Altenteil" zurückgezogen, nach wie vor ist er für "sein Erlangen" da, für die Stadt, die er in den 24 Jahren seiner Amtszeit von 1972 bis 1996 geprägt hat wie kein anderer vor ihm. Er wirkte und wirkt beispielsweise im Museumsbeirat, im Naherholungsverein, aber auch als Ehrenmitglied im Verein Kosbacher Stad`l. Er meldet sich in der ihm eigenen diplomatischen Weise gleichwohl aber unmißverständlich zu Wort, etwa, wenn es um den Verbleib wichtiger Bildungs- und Kultureinrichtungen wie der Stadtbücherei, der Volkshochschule und der Sing- und Musikschule im Zentrum der Stadt geht, wenn die Erhaltung der sie beherbergenden denkmalgeschützten und für die Stadt historisch bedeutsamen Gebäude, die Gestaltung des Museumswinkels als "Schaufenster" der Medizin- und Gesundheitsstadt oder – ganz aktuell – die Unterstützung des Volksbegehrens "Aus Liebe zum Wald" Aufmerksamkeit erfordern.

Weltoffen...

Als "Botschafter" Erlangens im Rahmen der Städtepartnerschaften ist er besonders gerne tätig. Er knüpft damit an einen Schwerpunkt in seiner Amtszeit an: Die Förderung der Verständigung der Menschen über Grenzen hinweg als konkreter kommunaler Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt liegt ihm am Herzen. Oft ist er aber auch "in anderer Mission" auf Reisen. Ob in den USA, in Brasilien, Venedig, bei der EU-Kommission in Brüssel, in Shenzhen/China, der Partnerregion des Großraumes Nürnberg – überall ist sein Rat gefragt. Seine umfassende Kompetenz und Erfahrung, gepaart mit ganzheitlichem Handeln Planen und (Kommunal)politiker, seine Fähigkeit und Bereitschaft zu vorausschauendem Denken, zur Vision, machen ihn zu einem gefragten und idealen Gesprächspartner für Stadtplaner, Verkehrsexperten, Umweltbeauftragte usw. in Verwaltungen, politischen Gremien und Fachkreisen auf der ganzen Welt, vielfach in Zusammenarbeit mit der internationalen Planer- und Architektenvereinigung "Making Cities Livable".

Städte lebenswert machen...

So lautet nicht nur die deutsche Übersetzung, das ist Dietmar Hahlwegs politisches Credo und es passt zum sozialdemokratischen Ideal vom Zusammenleben der Menschen. Die SPD Erlangen ist gut beraten, als sie Anfang der siebziger Jahre den jungen Verwaltungsjuristen in die Partei holt und zum Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters kürt.

Gleichwertige Verbindung von quantitativem und qualitativem Wachstum

Die gleichwertige Verbindung von quantitativem und qualitativem Wachstum, die Förderung von Zusammenarbeit, die Schaffung von Netzwerken – diese Ziele bestimmen sein Handeln in der Stadtentwicklung insgesamt, aber auch in der wirtschaftlichen Entwicklung. In seiner Amtszeit steigt die Zahl der Arbeitsplätze von 55 000 auf 80 000. Durch die Zusammenarbeit mit der Universität, der Wirtschaft – insbesondere Siemens -, den Gewerkschaften, aber auch mit den Nachbarstädten bewältigte Erlangen nicht nur den Strukturwandel, sondern



Dr. Dietmar Hahlweg mit Gesine Schwan

entwickelt sich zu einem Zentrum für Wissenschaft, Forschung und moderne Technologien. Wichtige Stichworte hierzu sind: Errichtung der zweitgrößten Technischen Fakultät Bayerns, des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Schaltungen, des Forschungszentrums für Wissensbasierte Systeme, des Innovations- und Gründerzentrums (IGZ), die Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbeparks der Städte Erlangen, Nürnberg und Fürth. Leider wird dieses damals bundesweit einmalige Projekt nach 1996 von einer schwarz-grünen Mehrheit beendet. Erfolgreich unterstützt und weiterentwickelt wird dagegen eine Idee, die Anfang der 90er Jahre am "Runden Tisch Wirtschaft", der Dietmar Hahlweg für die Vernetzung von Kommune, Wirtschaft und Gewerkschaften besonders wichtig ist, von der IG Metall eingebracht wird: Die Profilierung Erlangens als Medizinstadt.

Für eine gesunde Umwelt

Durch seine Initiative und Tatkraft wird Erlangen in Dietmar Hahlwegs Amtszeit zu einem Vorbild für kommunale Umweltpolitik. Erhaltung von städti-



schen Grünzügen – z.B. am Burgberg, in der Brucker Lache – der Schutz der Wälder und Talräume vor baulichen Eingriffen sind sein Verdienst.

Dazu gehört aber auch eine neue Verkehrspolitik: Ausbau des ÖPNV, Gründung des Verkehrsverbundes im Großraum, Planung der Stadt-Umland-Bahn, die den Qualitätssprung in der regionalen Verkehrsabwicklung bedeutet, die aber aufgrund der gegenwärtigen rückwärts gerichteten und autofixierten kommunalen Verkehrspolitik noch immer auf ihre Verwirklichung wartet; daneben Schaffung eines auf weiten Strecken vom Autoverkehr unabhängigen Radwegenetzes sowie Verkehrsberuhigung und damit Aufwertung von Straßen und Plätzen in der Innenstadt.

Neue Wege in der Abfallentsorgung wie die Förderung von Müllvermeidung und Mülltrennung durch qualifizierte Abfallberatung für die Bürgerinnen und Bürger machen den teuren Bau und Betrieb einer eigenen Müllverbrennungsanlage überflüssig.

Vielfältige, erfolgreiche Strategien zur Energieeinsparung in Kommune, Wirtschaft und Privathaushalten, die Förderung der Solarenergie sowie Maßnahmen zum Schutz des Trinkwassers, zur Verbesserung der Gewässerqualität, zur Schadstoffreduzierung in der Luft sind weitere wichtige Teile erfolgreicher Umwelt- und Gesundheitspolitik gleichermaßen.

All diese Elemente werden in der Entwicklung des Erlanger Westens, dem "neuen Büchenbach", zu einem modernen und gleichzeitig nachhaltigen Stadtteil zusammengefügt.

1990 und 1991 wird Erlangen nach einem umfangreichen Vergleich mit anderen Städten mit dem Titel "Umweltbundeshauptstadt" belohnt und sogar in die Öko-Ehrenliste "Global 500" der Vereinten Nationen aufgenommen. Ebenfalls 1990 wird die Stadt und 1996 ihr Oberbürgermeister persönlich von "Making Cities Livable" dafür ausgezeichnet.

Gleiche Lebensverhältnisse schaffen

Viele Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Familien, für Senioren, für Behinderte, für ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger entstehen in seiner Amtszeit. Als er 1996 seine Arbeit als Oberbürgermeister beendet, ist z.B. das Recht auf einen Kindergartenplatz in der Stadt bereits ohne gesetzliche Vorgabe erfüllt.

Der Förderung von Bildung und Sport, von Kunst und Kultur, vor allem der Breitenkultur, Beratung und Betreuung, hauptamtliche Arbeit zur Weiterentwicklung von Gleichstellung, Nachbarschaft, Selbsthilfe und ehrenamtlichem Engagement in zahlreichen Vereinen, Gruppen und Initiativen sind für ihn kein Luxus in finanziellen Schönwetterzeiten, sondern notwendiger Bestandteil zur Integration der Stadtgesellschaft und Schaffung gleicher Chancen und Lebensverhältnisse für die Menschen.

Bürgernah durch Bürgerbeteiligungen

Weit über das in der Bayerischen Gemeindeordnung vorgeschriebene Maß fördert Dietmar Hahlweg die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Für ihn, der stets ein offenes Ohr für die Anliegen, aber auch für die Sorgen und Nöte der Menschen hat, gehört partnerschaftliche Bürgerbeteiligung zur demokratischer Grundausstattung; es ist für ihn Fundament einer lebendigen Bürgergesellschaft und "Gegenmittel" gegen Politikverdrossenheit.

Nicht nur Bürgerversammlungen für die Gesamtstadt, sondern auch für die einzelnen Stadtteile und die Durchführung einer jährlichen Bürgerinnenversammlung - ein Angebot besonders an Frauen, in einer männerdominierten "Politikwelt" den ihnen zustehenden Platz zu behaupten und zu gestalten - werden in dieser Zeit zum festen Bestandteil der politischen Kultur.

Bei der Eingemeindung von Dechsendorf, Eltersdorf, Hüttendorf, Kriegenbrunn, Frauenaurach und Tennenlohe erhalten die neuen Stadtteile Ortsbeiräte. Die Mieter und Mieterinnen der Gewobau können ab Anfang der 70er Jahre einen Mieterbeirat wählen, für die gesamte Stadt werden bald darauf ein Seniorenbeirat und ein Ausländerbeirat gebildet. Für die Tausende von Neubürgerinnen und Neubürger, insbesondere die Ausländer und Ausländerinnen aus über 100 Nationen, sind diese qualifizierten Mitwirkungsangebote eine ganz wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Integration. "Offen aus Tradition" dieses Motto unserer Stadt ist ganz eng mit dem Namen Dietmar Hahlweg verbunden.

Lieber Dietmar, Deinen zahlreichen und hochverdienten Ehrungen und Auszeichnungen fügen wir unsere herzlichsten Glückwünsche zu Deinem 70. Geburtstag hinzu. Wir wünschen Dir für die kommenden Jahre Glück und Gesundheit im Kreis Deiner Familie, aber auch anhaltende Lust an Einmischung und Ideen jeglicher Art, wenn es um die Interessen der Menschen in unserer lebenswerten Stadt geht.

Robert Thaler Gisela Niclas Wolfgang Vogel



Rathaustelegramm

Johanna Behringer verlässt den Stadtrat – Birgit Hartwig rückt nach

Am 30.11.2004 wird unsere Fraktionskollegin, Johanna Behringer, aus beruflichen Gründen den Stadtrat verlassen. Die Diplom-Psychologin, zugleich jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, die seit 2002 dem Stadtrat angehört, hat sich auf Grund ihrer fachlichen Kompetenz und vor allem ihrer Fähigkeit, Menschen zuzuhören, deren Probleme zu erfassen und zu einer Lösung zu führen, im Jugendbereich schnell einen guten Namen ge-

Mit herzlichen Worten und Trostschokolade verabschiedete Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas die allseits geschätzte Kollegin. Mit Bedauern stellte sie fest, "solange sich eine alleinerziehende Mutter zwischen Beruf und Stadtratsmandat entscheiden muss, ist die Gleichstellung noch nicht wirklich erreicht." Wir wünschen Johanna auf ihrem weiteren Lebensweg viel Glück und Erfolg!

Für Johanna Behringer wird Birgit Hartwig in den Stadtrat nachrücken. Die rückt für Johanna Behringer (Mitte) nach Sozialpädagogin wird neue Sprecherin für Kinder, Jugend, Familie und Freizeit. Damit wird Birgit Hartwig künftig dem Kultur- und Freizeitausschuss sowie dem Jugendhilfeausschuss angehören



Wechsel im Stadtrat: Birgit Hartwig (links)

Mieterhöhungen bei der Gewobau durch die rückwirkende Anhebung von Kreditzinsen

Auf Beschluss der bayerischen Staatsregierung hat die Landesbodenkreditanstalt die Zinsen für Wohnungsbaudarlehen rückwirkend für die Jahre 1970 bis 1989 um 2% angehoben. Gleichzeitig kürzt die Staatsregierung die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 25%. Das heißt konkret: Der Staatshaushalt wird auf Kosten der Sozialmieter saniert!

Wegen der sehr knappen Kapitalausstattung der Gewobau ist es unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft unmöglich, diese Zinserhöhungen mit Eigenmitteln aufzufangen.

Die Stadt Erlangen müsste der Gewobau die nötigen Gelder zur Verfügung stellen, damit die Belastung nicht auf die Mieten umgelegt werden muss. Doch die Stadtratsmehrheit aus CSU und FDP entzieht sich hier seit Jahren ihrer sozialen und finanziellen Verantwortung. Auch ein Antrag der SPD-Fraktion, die Stadt solle Teile der Zinserhöhung auffangen und die Kosten nicht ganz der Gewobau zu übertragen wurde durch die Ratsmehrheit aus CSU und FDP abgelehnt.

Der SPD Kreisverband Erlangen hat dieses Thema aufgegriffen und plant eine Postkartenaktion an den Ministerpräsidenten.

Besser Finanzausstattung für die Kommunen: Den Freistaat in die Pflicht nehmen

"Wir müssen den Freistaat in die Pflicht nehmen, dass die von der Bundesregierung im Rahmen der Gemeindefinanzreform und des mit dem Bundesrat vereinbarten Hartz IV-Kompromisses bereitgestellten Finanzmitteln wie vereinbart über die Länder an die Kommunen weitergereicht werden", forderte Florian Pronold, stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion. Pronold – auch stellvertretender Landesvorsitzender der BayernSPD –sprach auf einer Tagung von SPD Kommunalpolitikern aus der Stadt Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt über die positiven Auswirkungen der begonnenen Gemeindefinanzreform. Hierbei betonte er, dass die Bundesregierung ihre Zusagen zur Entlastung der Gemeinden einhalten wird, so werden z. B. für Bayern insgesamt 70 Millionen Euro durch die Bundesregierung bereitgestellt.

"Anstatt die Gelder weiterzureichen, saniert Bayern seinen Staatshaushalt auf Kosten des Bundes", kritisierte Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas und hat auch gleich ein Beispiel parat: "In Erwartung dieser Bundesmittel ist im Haushaltsentwurf der Stadt Erlangen für 2005 ein Landeszuschuss zum Wohngeld in Höhe von einer Million Euro angesetzt. Diese Gelder werden nun aber vom Freistaat einbehalten."

Die Freigabe dieser Mittel muss weiter von der bayerischen Staatsregierung eingefordert werden. Darin waren sich die KommunalpolitikerInnen einig. Ebenso einmütig stimmten Sie Pronolds Forderung zu, dass die Gewerbesteuer als ein wichtige Einnahme der Kommunen gestärkt werden muss. Es muss daran weitergearbeitet werden, dass die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer erweitert wird. Auch Zinsen, Mieten und Pachten von Unternehmen müssen mit einbezogen werden. Die Möglichkeit des Verlustvortrags, die den Kommunen erhebliche Einnahmeausfälle bescherte, wurde bereits 1999 durch unsere Bundesregierung bei der Gewerbesteuer eingeschränkt.



SPD - Rathaustelegramm

Die CSU will die Gewerbesteuer ganz abschaffen. Sie liebäugelt offenbar mit dem Modell der Arbeitgeberverbände. Dieses setzt auf Zuschläge bei der Einkommenssteuer. Das heißt konkret: Gewerbesteuerfreiheit für die Wirtschaft, statt dessen: Unterschiedlich hohe Einkommenssteuer für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ballungszentren und auf dem Land! Das wäre nicht nur eine zu tiefst ungerechte Steuerbelastung, dieses "Einkommenssteuerdumping" (für das Umland) würde auch erheblich Probleme zwischen den Städten und den Landkreisen.

Die Stadt- und Kreisräte stellten abschließend fest: Die Pläne sind als Zukunftsmodell in Sachen Steuergerechtigkeit gänzlich ungeeignet.



SPD-Stadtratsfraktion sichert Informationsveranstaltung zu Hartz IV

Im Rahmen eine Bürgerfragestunde zu Hartz IV, die auf Antrag des Erlanger Sozialforums in der September-Stadtratssitzung durchgeführt wurde, hatte der Oberbürgermeister eine Informationsveranstaltung zugesagt. Diese wurde aber bis jetzt nicht durchgeführt. Mit einem Dringlichkeitsantrag zum Haupt-, Finanz- und Personalausschuss im November hat nun die SPD Fraktion nicht nur die Informationsveranstaltung gesichert. Darüberhinaus soll im Rahmen der städtischen Homepage ein Internetforum "Hartz IV in Erlangen" eingerichtet werden, auf der seitens der optierenden Kommune nicht nur alle Informationen in Sachen Hartz IV veröffentlicht sondern auch Anfragen und Meinungsaustausch abgewickelt werden.

SPD-Überprüfungsantrag zum November-Stadtrat: "Schluss mit der Ausgrenzung auswärtiger SchülerInnen aus der Mittagsbetreuung"

Die SPD-Fraktion hat sich bereits seit dem vergangenen Jahr gegen die von der Rathaus-Mehrheit gefassten Beschlüsse ausgesprochen, die auswärtige Schülerinnen und Schüler von den Betreuungsangeboten an von ihnen besuchten Schulen in Erlangen ausschließen, sofern nicht von ihrer Heimatgemeinde die Kosten übernommen werden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass weitere Verhandlungen mit den Gemeinden geführt werden müssen, um sie zur Übernahme der Kosten zu bewegen. Wo dies nicht gelingt, halten wir es jedoch für eine unzumutbare Härte gegenüber den betroffenen Kindern und ihren Eltern, sie – wie am Albert-Schweitzer-Gymnasium gegen unseren Protest geschehen – völlig von den Betreuungsangeboten auszuschließen, zumal die Eltern keinerlei Handhabe gegen die Haltung ihrer Heimatgemeinde haben.

Auf Grund des Rückgangs der SchülerInnenzahlen am musischen Christian-Ernst-Gymnasium wird nun diese restriktive Regelung aufgehoben – aber nur für diese Schule.

Wie von uns befürchtet, führt die Kirchturmpolitik von CSU und FDP jetzt auch zu Nachteilen für Erlanger Schülerinnen und Schüler. Wenn die Mindestzahl für eine Betreuungsangebot – wie derzeit an der Werner von Siemens-Realschule – allein durch Anmeldungen aus dem Stadtgebiet nicht zustande kommt wird gar keine Betreuung angeboten!

Gleichzeitig fließen Zuschüsse in Millionenhöhe aus dem IZBB-Programm der rot/grünen-Bundesregierung zur Förderung der Ganztagsbetreuung in Schulen nach Erlangen. Dies Fördermittel sollen Allen zu Gute kommen. "Die Ausgrenzung und Ungleichbehandlung auswärtiger Schüler und Schülerinnen ist ein Skandal. Damit muss jetzt Schluss sein", so Stadträtin Barbara Pfister, Mitglied im Schulausschuss.

Unsere Anträge:

- Änderungen im Abstimmungstext zum Bürgerbegehren Bäder
- Anfrage: Aktueller Stand Mobilfunkstandort Kriegenbrunn
- Durchfahrtssperre an der Doris-Ruppenstein-Straße
- Wahl und Arbeit des Jugendparlamentes

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen Telefon 09131-862225

Fax 09131-862181

Mail spd@erlangen.de

Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen. Verantwortlich: Gisela Niclas

Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech

Pro Mitbestimmung: Kein Herr, kein Knecht – gleiche Augenhöhe für alle.

Arbeitgeberverbände und CDU/CSU haben eine Debatte über die deutsche Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte generell begonnen. Das Ziel: Diese im Kern aushöhlen und Zug um Zug abschaffen. In den Aufsichtsräten von Großunternehmen soll die paritätische Besetzung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beseitigt werden; auf betrieblicher Ebene sollen die Mitwirkungsrechte der Betriebsräte beschnitten werden. Kündigungsschutz und Tarifautonomie sollen weitgehend ausgehebelt werden.

Unser Erfolg: Moderne Mitbestimmung und starke Betriebsräte

Die Mitbestimmung in Deutschland ist wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Garant für den sozialen Frieden und für den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands seit den 50er Jahren. Die Mitbestimmung hat eine lange Tradition und ist immer wieder aktuellen Entwicklungen angepasst worden: vom Montan-Mitbestimmungsgesetz 1951 über das Betriebsverfassungsgesetz 1952, das Mitbestimmungsgesetz 1976, die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 bis zur letzten Reform im Jahr 2001.

Pro Mitbestimmung ist richtig:

- Sie bedeutet gleiche Augenhöhe für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
- Sie ist volkswirtschaftlich vernünftig.
- Sie ist effektiv für den einzelnen Betrieb.
- Sie hilft sozialen Frieden sichern.
- Sie ist eine Chance f
 ür Europa.

Pro Mitbestimmung ist nötig:

- Arbeitgeber-Funktionäre versuchen sie zu zerstören.
 - (Andere, erfolgreiche Unternehmer betonen die Bedeutung und den Erfolg der Mitbestimmung.
 - Sie verdienen Anerkennung.)
- CDU/CSU sind aktiv auf Seiten derer, die Arbeitnehmerrechte schleifen wollen.
 - Das darf ihnen nicht gelingen.

Gerhard Schröder und Franz Müntefering: Mitbestimmung ist unverzichtbar und steht für Sozialdemokraten nicht zur Disposition

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat auf dem Deutschen Arbeitgebertag am 16. November 2004 in Berlin ein klares Bekenntnis zur Mitbestimmung abgelegt:

"Eine funktionierende Mitbestimmung kann gerade in schwierigen Zeiten Reformprozesse in den Unternehmen sogar unterstützen. …. In Zeiten, in denen den Menschen viel abverlangt wird, ist die Mitbestimmung unverzichtbarer und wertvoller denn je. Ein entscheidender wirtschaftlicher Vorteil der Mitbestimmung ist das hohe Maß an Arbeitsfrieden. Hier sind wir international vorbildlich. …Für die Zukunft ist es von entscheidender Bedeutung, gemeinsam mit den europäischen Partnern eine angemessene Verankerung der Mitbestimmung im EU-Recht zu erreichen."

Der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering hat am gleichen Tag bei der Aktion "Pro Mitbestimmung" der Hans-Böckler-Stiftung ebenfalls in Berlin bekräftigt:

"Der Vorstoß von manchen Arbeitgeberfunktionären, die Mitbestimmung schleifen zu wollen, ist ein Angriff auf die Demokratie. Das ist mit uns nicht zu machen. Betriebsräte haben oftmals mitgeholfen, Betriebe und Arbeitsplätze zu sichern. Die gute Erfahrung, die wir in Deutschland mit der Mitbestimmung gemacht haben, soll auch in Europa gültig bleiben. Mitbestimmung, Tarifautonomie und Betriebsverfassungsgesetz stehen für uns Sozialdemokraten nicht zur Disposition"

Sichere Arbeitnehmerrechte gibt es nur mit uns.

